

Entlassung Bismarcks unter der Politik Kaiser Wilhelms II

Seit dem Amtsantritt Kaiser Wilhelms II 1888 gab es Spannungen zwischen dem jungen, neuen Kaiser und dem alten Reichskanzler Bismarck. Diese Spannungen spiegeln sich in verschiedenen Bereichen wieder.

Im Außenpolitischen Bereich hatte Bismarck das Deutsche Reich durch seine Bündnispolitik weitestgehend vor einem Zwei-Fronten-Krieg gegen Frankreich abgesichert. Diese Bündnispolitik enthielt folgende Bündnisse:

- Zweibund: ÖU und D -wird einer der beiden Staaten angegriffen, hilft der andere und greift einer der Vertragspartner ein anderes Land an, verhält sich der andere neutral
- Dreibund: ÖU, D, I –greift Frankreich I an, helfen D und ÖU, wenn Frankreich D angreift, hilft I und greift R ÖU an, hilft I (Voraussetzung = gutes Verhältnis zu England)
- Rückversicherungsvertrag: D und Russ greift ÖU Russ an, verhält sich D neutral, wird D von Frankreich angegriffen, verhält sich Russ neutral
- Mittelmeerabkommen: I, ÖU, Eng, Sp Besitzstand im Mittelmeer wird garantiert

Kaiser Wilhelm II war aber Fan des Imperialismus und hielt nicht viel von Bismarcks Verteidigungsbündnissen. Er war eher für eine Ausweitung des Deutschen Reiches. Er beendete das Bündnis mit Russland, verlängerte das Rückversicherungsabkommen mit Österreich nicht und setzte seine Ausweitung des Reiches in der Kolonialpolitik fort.

Der Kaiser versuchte das deutsche Reich territorial und vor allem machtpolitisch zu vergrößern, indem er so viele Kolonien wie möglich in seinen Besitz brachte. Bismarck ließ dieses Handeln des Kaisers bis zu einem gewissen Maße zu, erkannte es jedoch als Gefährdung des europäischen Kräftegleichgewichts. Demnach versuchte er diesen Imperialismus zu hemmen, womit er auf Unverständnis traf, da alle europäischen Großmächte Kolonialpolitik betrieben.

Vor allem Innenpolitisch verschlechterte sich Das Verhältnis zwischen Kaiser und Reichskanzler. Bismarck vertrat weiterhin seine harte Linie gegenüber der Arbeiterbewegung und wollte die Sozialistengesetze verschärfen. Parallel dazu legte der Kaiser allerdings Wert auf eine soziale Versöhnung.

Desweiteren verstärken sich die Auseinandersetzungen im Bezug auf wirtschaftliche Aspekte, wie die Öffnung zur industriellen Massengesellschaft nach Bismarck oder die Öffnung zur industriellen Massengesellschaft nach Vorstellungen des Kaisers.

Die Auseinandersetzungen spitzten sich mit dem großen Bergwerkstreik 1889 zu. Die Arbeiter in den Bergwerken der Gelsenkirchener Region, Schlesiens und Waldbergs forderten höhere Löhne bei reichem Ertrag der Bergwerke sowie die Bezahlung von Überstunden. Der Streik umfasste eine Personenzahl von ca. 150.000 Arbeitern. Ein weiteres Problem ergab sich daraus, denn die Eisenbahnen standen, aufgrund mangelnder Kohleversorgung still. Es drängte sich die Frage auf, ob der Ausnahmezustand verhängt werden sollte. Der Kaiser setzte auf Verhandlungen und empfing eine Gruppe streikender Arbeiter um die Missstände zu klären und wollte höheren Arbeitsschutz gewährleisten. Bismarck hingegen wollte die privaten Kohlegruben verstaatlichen um die Energieversorgung zu sichern und dem Ernstfall vorzubeugen und das Sozialgesetz endlich zu verschärfen. Kaiser und Kanzler konnten allerdings keinen Kompromiss finden. Bismarck beharrte fortan vehement an der Erhaltung und Ausarbeitung des Sozialistengesetzes, jedoch glaubten große Teile der Industrie und die nationalliberale Bismarckpartei nicht mehr an eine solche Lösung. Das Regierungsbündnis von 1887 wurde damit unhaltbar. Die Bergwerkstreiks zeigten, dass die taktischen Bündnisse ihrem Ziel, der Unterdrückung der Arbeiterbewegungen, nicht standhielten und wurden beendet. Außerdem signalisierten die Aufstände das Deutschland

in das Zeitalter der industriellen Massengesellschaft eingetreten ist. Bismarck etablierte sich also zum Hemmenden Faktor der modernen Entwicklung Deutschlands. Somit kam es zum Sturz Bismarcks im März 1890, der nicht nur einen Personenwechsel, sondern das Ende einer historisch äußerst bedeutsamen Epoche bedeutete.

Nach der Entlassung Bismarcks will der Kaiser sein eigener Kanzler werden und setzt bei seiner Herrschaft auf das Heer als seine Grundlage, wobei nur er in der Lage war militärische und politische Maßnahmen aufeinander abzustimmen, da er die Stellung des Militärs nicht in der Verfassung regelte. Desweiteren erhob der Kaiser inkompetente Personen in hohe Staatsämter und ging Verhandlungen mit wichtigen Ministern anderer Staaten aus dem Weg und traf sich stattdessen mit hohen Offizieren. Diese Nachlässigkeiten hatten die langsame Selbstentmachtung des Kaisers zur Folge. Mit Bismarck hatte das Deutsche Reich seinen Koordinator verloren, denn die nachfolgenden Reichskanzler waren nicht in der Lage einen Interessenausgleich zwischen Kaiser, Reichstag und Einzelstaaten zu schaffen –die Politik des neuen Kurses.

Mit dieser neuen Politik kam es auch zur Änderung der außenpolitischen Rahmenbedingungen. Es bildeten sich „pressure groups“ (Interessengemeinschaften) auf die man bei außenpolitischen Fragen Rücksicht nehmen musste, worunter die auch die Kompromissbereitschaft der anderen Staaten sank. Außerdem wurde der Rückversicherungsvertrag zu Russland gekündigt, wodurch das Zarenreich endgültig an die Seite Frankreichs getrieben wurde, woraus sich für Deutschland die Gefahr des Zwei-Fronten-Krieges ergab.

Weiterhin war Deutschland nun bewusst am Imperialismus beteiligt und „Weltpolitik“ wurde das zentrale Thema des neuen Kurses, hierdurch wurde Deutschland außenpolitisch isoliert. Die Lösung dieses Problems wurde nun mehr und mehr im Krieg gesucht.

Auch in sozialer Hinsicht war das zunächst angedeutete Interesse des Kaisers soziale Probleme vor allem im Bezug auf die Arbeiterbewegung zu lösen, nach einigen Ansätzen erlöschten und reichten sogar zu einigen Versuchen diese Bewegung zu unterdrücken.

Nach dem Amtsabtritt Bismarcks, der aus den politisch verschiedenen Ansichten zwischen ihm und dem Kaiser resultierte, war der vormals so positiv eingeschätzte Werdegang des Deutschen Reiches einer, sich zuspitzenden Katastrophe unterlegen. Das zunächst vorgetäuschte Interesse des Kaisers sich der sozialen Frage zu stellen und die Arbeiterbewegung zu fördern, scheint im nachhinein nur eine Isolation von Bismarck, im Bezug auf die Popularität des Kaisers beim Volk, gewesen zu sein, um eine Herrschaft ohne den Reichskanzler an der Seite des Monarchen vorzubereiten. Diese Popularität wurde allerdings schnell durch etliche Fehltritte des Kaisers erstickt und schlug in Unzufriedenheit und dem immer wachsenden Wunsch nach einem Nationalstaat um, der wohl, durch die Andeutung eines Krieges, auch in den folgenden Monaten nicht erfüllt werden konnte.